



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 639 899

Z/X/239 - 15.10.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

Von Rhein an die Spree	S. 1
Die Wahlen in Brasilien	S. 3
Die evangelischen Bischöfe und die Gewerkschaften	S. 5
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Herzlichen Gruß

Von Willy Brandt

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

In Berlin herrscht aufrichtige Freude darüber, dass der Deutsche Bundestag für eine ganze Woche seine Beratungen vom Rhein an die Spree verlegt hat. In eindrucksvoller Weise wird dadurch bekundet, dass Berlin ein unlösbarer Bestandteil des bundesdeutschen Rechtssystems und Wirtschaftsgebietes ist, also jenes Teiles unseres Vaterlandes, in dem wir einigermaßen frei über unsere Geschicke bestimmen können. Unsere Landsleute in der Berlin-umgebenden Zone werden den Schritt des Bundestages als ein erfreuliches Bekenntnis zur deutschen Hauptstadt und Einheit zu würdigen wissen.

Ausschüsse des Bundestages haben in den vergangenen Jahren schon in größerer Zahl in Berlin getagt. Im Sommer 1954 trat hier auch die Bundesversammlung zusammen, die Theodor Heuss zum zweiten Male zum Bundespräsidenten wählte. Es ist gut, dass es der Bundestag jetzt nicht bei einer demonstrativen Geste hat bewenden lassen. Ebloße Symbolik bringt uns auf dem Weg zur Wiedervereinigung nicht voran. Vorgetäuschte Einmütigkeit bedeutet keine Stärkung, sondern eher eine Schwächung des Lagers der Freiheit.

Die Arbeitswoche des Bundestages sollte nicht als etwas Ein-

maliges betrachtet werden. Solange die Spaltung Deutschlands noch andauert, sollte der Bundestag von Zeit zu Zeit wieder nach Berlin kommen. Vielleicht ist es auch nicht zuviel erwartet, dass der Bundesrat und die Bundesregierung - unter technisch sehr viel einfacheren Bedingungen - in gewissen Abständen in Berlin tagen sollten. Der Bundespräsident ist den anderen Verfassungsorganen längst vorangegangen. Sein Beispiel sollte nicht nur als Vorbild begrüßt, sondern auch als eine Verpflichtung betrachtet werden.

Der Bundestag wird in den kommenden Wochen mit einer Reihe von Vorlagen befasst werden, die sich unmittelbar auf Berlin beziehen. Das Verhältnis zur Hauptstadt ist eine der Mittel, um den Ernst unseres Ringens um die Wiedervereinigung zu beweisen. Die Planung des künftigen Regierungsviertels muss vorangetrieben werden. Das jahrelange Gerede um den Wiederaufbau des Reichstages müßte endlich durch eine konkrete Prüfung der vorhandenen Möglichkeiten und der zukünftigen Erfordernisse abgelöst werden.

Berlin hat einen Dreijahresplan für seinen weiteren Aufbau unterbreitet, und es bedarf dazu der Unterstützung des Bundes. Die Beratungen über diesen Plan fallen in eine Zeit, in der große Erfolge der bisherigen Arbeit festzustellen sind. Jeder, der guten Willens ist, kann sich davon überzeugen, dass in Berlin - von der politischen Bedeutung dieser Stadt ganz abgesehen - ein großes Stück gemeinsamer Arbeit geleistet wurde. Die Hilfsmaßnahmen des ausländischen und deutschen Westens haben sich gelohnt. Das böse Wort von "Pass ohne Boden" ist ein für allemal widerlegt. Berlin ist wieder da, und es bleibt ein wichtiges Aktionsfeld im friedlichen Ringen um die deutsche Einheit.

\*

\*

\*

Im Schatten Vargas

H.P. Brasilien gehört zu den unentwickelten Gebieten Südamerikas. Es ist daher verständlich, dass sich eine Reihe von politischen Parteien der Beiworte sozial und fortschrittlich bedienen, oder sich als Arbeiterpartei bezeichnen. Sie wollen damit schon durch die Namensgebung einen Einfluss auf die wirtschaftlich rückständigen Arbeiter und Bauern Brasiliens ausüben. Dass ihnen das bis zu einem gewissen Grade gelungen ist, beweist die kompetente Entwicklung des früheren Präsidenten Getulio Vargas, den Führer der "Arbeiterpartei", der voriges Jahr durch Selbstmord von der politischen Tribüne Brasiliens verschwand. Vargas, der sich mit pseudo-Reformen eine grosse Anhängerschaft in den Arbeitern der Bevölkerung erwarb, konnte jedoch nicht verhindern, dass das wahre Gesicht seiner Regierung erkannt und als Diktatur gebrandmarkt wurde. Er war es, der in seiner ersten Präsidentschaftsperiode die politischen Parteien auflöste und durch Verordnungen regierte.

Als am Ende des zweiten Weltkrieges die westlichen Alliierten, dessen Verbündeter Brasilien während des Krieges war, Andeutungen machten, dass nun auch <sup>in</sup> Brasilien eine demokratischere Staatsform angebracht wäre, wurde Vargas vorübergehend von der Regierungsmacht entfernt. 1950 wurde er allerdings mit überwältigender Mehrheit wieder zum Präsidenten gewählt. Trotzdem unterlag er schließlich einer kleinen Clique von Offizieren, die ihn zum Selbstmord trieben. Seit dieser Zeit hat Dr. Filho, der jetzige Präsident, das Erbe Vargas verwaltet.

Die am 3. Oktober stattgefundenen Wahlen scheinen mit einem Sieg der Kräfte geendet zu haben, die sich berufen fühlen, das Regime von Vargas fortzuführen. Der neue Präsident Dr. Kubitschek, ein 54jähriger Arzt, hat, wenn auch knapp, das Rennen um die Präsidentschaft gewonnen. Er war der Kandidat einer Partei, die sich sozialdemokratisch nennt, aber weder etwas mit einer sozial fortschrittlichen Partei noch etwas mit einer demokratischen Partei in unserem Sinne zu tun hat. Hinter Kubitschek stehen alle diejenigen Kräfte, die während des Vargas Regimes direkt an der Verwaltung teil hatten oder von seinem Regime profitierten. Der Arzt Kubitschek ist ein reicher Mann und sein Ruf ist nicht gut. Er gilt als korrupt ebenso wie der Kandidat zur Vizepräsidentschaft, Goulart, der derselben

15. 10. 1955

Partei angehört. Auch Goulart, der eine kurze Zeit als Arbeitsminister fungierte, gilt als ein besonders treuer Anhänger des früheren Ministerpräsidenten Vargas.

Gegen diese beiden Kandidaten hatten entscheidende Kräfte der Armee einiges einzuwenden. Zumindest diese Kräfte wollten keine Rückkehr zu dem Ständestaat nach quasi faschistischem Muster wie wir in Portugal oder in Argentinien unter Péron erlebten. Ihr Kandidat war ein früherer General, Juárez Tavora, der in der jetzigen Regierung Filho der militärische Berater des Präsidenten war. Tavora stützte sich vor allen Dingen auf eine Gruppe jüngerer Armeeeoffiziere, die sich dagegen wandte, dass eine dünne Schicht von Aristokraten, gestützt auf ihre Reichtümer, das Land weiterhin in einem wirtschaftlich und politisch unentwickelten Zustand lassen wollte.

Auch wenn liberale Kräfte wie die Christlich-Demokratische Partei und die Sozialistische Partei Tavora unterstützten, so taten sie das mit gemischten Gefühlen. Man war sich nicht im klaren über die wirklichen Motive, die Tavora veranlassten, sich zum Präsidentschaftskandidaten aufstellen zu lassen. Sie beugten sich aber der Notwendigkeit, einen zugkräftigen Gegenkandidaten gegen das Vargas-Regime zu haben. Zumindest erhoffte man sich von ihm, er werde die Forderungen, die er im Wahlkampf aufstellte, den Kampf gegen die Korruption zu führen, wirklich erfüllen.

Es scheint, dass die Anstrengungen liberaler und demokratischer Kräfte in Brasilien nicht erfolgreich waren. Kubitschek hat gesiegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Kubitschek und Goulart von der kommunistischen Partei unterstützt wurden, die obwohl illegal, doch einen Einfluss durch etwa 20 Zeitungen nach wie vor ausüben kann. Wie in einigen anderen Ländern sehen wir auch hier eine gefährliche Verbindung zwischen Kommunisten einerseits und faschistischen Elementen andererseits.

Die Armee hat in diesem Wahlkampf nicht ihr Ziel erreicht. Ihr Ziel war es zweifellos, eine Rückkehr zum Vargas-Regime zu verhindern. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass grosse Teile der Armee sich nach dem Wahlausgang nicht abwartend verhalten werden, sondern im Gegenteil besteht die Gefahr, dass sie versuchen werden, das jetzt eingetretene Ergebnis durch einen militärischen coup d'etat zu korrigieren. Die Entwicklung in Brasilien zur Demokratie ist durch die Wahl von Kubitschek nicht beschleunigt worden.

Christliche Gewerkschaften - ein Ghetto

"Christlich" und "sozialistisch" sind keine Gegensätze

R.Dr., Stuttgart

Die scharfe Rüge, die den Kritikern der Einheitsgewerkschaft von den evangelischen Landesbischöfen in Baden, Württemberg und Hannover erteilt worden ist, hat in der Bundesrepublik Aufsehen erregt. Der Schritt wird überall aner kennend vermerkt werden, mit Ausnahme jener Kreise um die katholischen Bundestagsabgeordneten Winkelheide und Even, die zur Zeit daran gehen, christliche Gewerkschaften zu gründen.

Die Gegenaktion der evangelischen Kirche ist getragen von ihren jungen geistlichen Gliedern. Insbesondere der Kreis der Sozialpfarrer ist es, der die Bemühungen einiger CDU-Bundestagsabgeordneter zur Gründung einer christlichen Richtungsgewerkschaft mit wachsender Besorgnis beobachtet und nun zum Gegenschlag ausgeholt hat. Ihre seelsorgerische Tätigkeit hat ihnen genug Not gezeigt, die unter der Decke des Wirtschaftswunders schweilt. Sie wollen die Kirche in Zukunft weder mit einer politischen Richtung noch mit einer Gewerkschaft gleichsetzen lassen. Das von diesen Sozialpfarrern getragene "Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit" hat seine Meinung auch in einem Brief an den Bundeskanzler dargelegt, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Er erklärt, dass die vorgesehene Gründung christlicher Richtungsgewerkschaften allgemein "als reine katholische Aktion betrachtet wird", die "eine n e u e und schwerwiegende Belastung der interkonfessionellen Zusammenarbeit" darstellt.

Der Gründungsakt wurde in der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg vollzogen, hat aber für die ganze Bundesrepublik Gültigkeit. Dafür bürgen die Namen der Landesbischöfe D.Bender (Baden), D. Haug (Württemberg), D.Lilje (Hannover), Prof. Gollwitzer (Bonn), von Thadden-Frieglaff, Klaus von Bismarck. 21 hohe geistliche Würdenträger und hervorragende Vertreter der evangelischen Laienbewegung unterzeichneten jene Erklärung, die alle bewußten Christen in den Gewerkschaften aufruft, die Einheit und Geschlossenheit zu erhalten und

15.10.1955

sich nicht antigewerkschaftlich mißbrauchen zu lassen. Die Unterzeichner rufen zudem zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation auf, um durch das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte die Radikalisierung und den politischen Mißbrauch der Gewerkschaften zu verhindern.

Die Gründer des Komitees haben zur Rechtfertigung ihres öffentlichen Bekenntnisses, das gewiß sorgfältig erwogen worden ist, gute Gründe anzugeben. "Den Sozialsekretären der evangelischen Kirchen sind von jenen Männern, die sich um christliche Gewerkschaften bemühen, zum Teil sehr ordentliche Angebote gemacht worden", sagt Arbeiterpfarrer Jörg Simpfendörfer, Sohn des badisch-württembergischen Kultusministers. Diese direkten Anzeichen wurden durch Beobachtungen verstärkt, wonach katholische Episkopate in zunehmender Weise ihre Neigungen zur Unterstützung christlicher Gewerkschaften verstärkten. Simpfendörfer ist es, der seit Jahren - und auch in der ersten Kundgebung des Komitees am vergangenen Mittwoch - die Gegenüberstellung von "christlich" und "sozialistisch" angreift. "Zwischen diesen beiden Begriffen gibt es keinen Gegensatz mehr," sagt er und fügt hinzu, dass sich die sozialistische Bewegung so entwickelt habe, dass es unverantwortlich sei, durch die Gegenüberstellung fragwürdiger Begriffe alte Wunden neu aufzureißen.

Auch Dr. Eberhard Müller, erster Vorsitzender der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Deutschland und Leiter der Evangelischen Akademie in Bad Boll kommt Simpfendörfer zu Hilfe. "Die evangelischen Bischöfe und Pfarrer bestreiten", sagt er, "dass das christliche Gewissen gebieten würde, jetzt in ein christliches Gewerkschaftsghetto zu gehen! Wir bestreiten, dass die alten weltanschaulichen Differenzen noch bestehen. Deshalb entfällt die Gründung christlicher Gewerkschaften". Sicherlich wünschen die evangelischen Geistlichen nicht, Vorspann für sozialistische Ziele zu sein, sie wollen sich aber auch nicht mehr in einen antisozialistischen Kampfband drängen lassen, der unter Führung der Katholiken steht. Das ist verständlich und wird Anerkennung finden. Die Evangelischen Kirchen haben einen Schritt weiter zum Menschen hin getan.

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau

15. 10. 1955

Kommunique des Pressedienstes

Am 14. Oktober befasste sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Sitzung in Hannover mit Richtlinien und praktischen Vorschlägen für die kommende Aussenministerkonferenz in Genf. Sie soll nach den Direktiven der Regierungschefs der Westmächte und der Sowjetunion an ihre Aussenminister vom Juli dieses Jahres die Fragen der europäischen Sicherheit und der staatlichen Einheit Deutschlands, der Abrüstung und der Entwicklung von Kontakten zwischen Ost und West behandeln. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands billigte einmütig diese Vorschläge, die zum Gegenstand eines Gesprächs mit dem Bundesausserminister rechtzeitig vor der Genfer Konferenz gemacht werden sollen. Ihre Veröffentlichung wird nach dieser Aussprache erfolgen.

Im Übrigen befasste sich der Vorstand mit einer Reihe von parteiinternen Fragen. Der Generalrat der Internationale hat auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen, ein ständiges Komitee für Abrüstung und kollektive Sicherheit zu bilden. Die SPD wird in diesem Komitee durch die Abgeordneten Dr. Lütkens, Professor Carlo Schmid und Herbert Wehner vertreten sein.

Der Vorstand beschloss ausserdem, einen ständigen Ausschuss zu bilden, der sich mit der Frage der Verwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke und ihrer Organisation befasst.

An dem nächsten Kongress der Sozialistischen Partei Österreichs in Wien vom 9. bis 11. November, dem ersten nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages, werden für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Vorsitzende Erich Ollenauer und die Vorstandsmitglieder Eickler, von Knoeringen und Kukil teilnehmen.

Die nächste Parteivorstandssitzung ist für den 11. bis 12. November angesetzt worden, die nächste gemeinsame Sitzung des Vorstandes mit Parteiausschuss und Kontrollkommission für den 16. bis 17. Dezember.

+ + +